

# Frankreich im Libyen-Konflikt

von Lisa Sturm

Seit dem Tod Muammar al-Gaddafis am 20. Oktober 2011 und der Beendigung der NATO-Intervention rund zwei Wochen später befindet sich Libyen im Bürgerkrieg. Zwar regiert in Libyen seit 2016 die Regierung der Nationalen Übereinkunft unter Premierminister Fayiz al-Sarradsch, welche durch den UN-Sicherheitsrat und einen Großteil der internationalen Staatengemeinschaft offiziell anerkannt ist. Allerdings hat die Regierung in Libyen nur über eine vergleichsweise kleine Region im Nordwesten des Landes die politische Macht. Gegenspieler dieser Regierung ist General Khalifa Haftar, welcher die Legitimität der Regierung der Nationalen Übereinkunft nicht anerkennt und aktuell vor allem den Nordosten des Landes besetzt hält. Zwischen den Streitkräften gibt es schon seit Jahren Kampfhandlungen, welche weiterhin andauern und für Instabilität und Unsicherheit in Libyen sorgen. Beide Parteien setzten bei den Kämpfen auf einen Zermürbungskrieg, bei welchem sie auf eine militärische Niederlage der jeweils anderen Partei hoffen. Momentan befinden sich die Akteure in einer Pattsituation, eine militärische Niederlage einer Konfliktpartei ist nicht abzusehen - unter anderem auch, weil beide Parteien weiterhin finanziell und in Form von Waffen durch andere regionale sowie internationale Akteure unterstützt werden. So gelangen trotz des Waffenembargos immer wieder Waffen nach Libyen - darunter auch europäische -, welche unter anderem vor allem durch bzw. über Ägypten und die VAE an Libyen geliefert werden.

Aktuell scheint sich der politische Prozess in Libyen wieder zu bewegen. Im September 2020 kamen Delegierte beider Lager zusammen und verständigten sich angeblich darauf, dass eine neue Regierung gebildet und binnen 18 Monaten Wahlen abgehalten werden sollen. Zudem kündigte Ministerpräsident Fayiz al-Sarradsch an, er werde bis Ende Oktober zurücktreten und sein Amt an jemand anderen übergeben.<sup>1</sup> Im Oktober 2020 trafen sich Militärvertreter des Ministerpräsi-

denten Fayiz al-Sarradsch und General Khalifa Haftars in Genf, wo sie sich auf eine Waffenruhe einigten. Zudem sollen weitere Gespräche zwischen den beiden Lagern über die politische Zukunft Libyens stattfinden. Auch sagte die UN-Beauftragte für Libyen, Stephanie Williams, dass ausländische Kräfte, welche sich zur Unterstützung beider Seiten derzeit in Libyen befinden, das Land innerhalb von 90 Tagen nach Beginn der Waffenruhe – unter Aufsicht der UN – verlassen müssen.<sup>2</sup> Trotz alledem gibt es noch immer große Interessenskonflikte zwischen den Parteien in Libyen, vor allem was die militärische Macht im Land angeht. Zudem haben noch immer weitere Gruppen Eigeninteressen in Libyen, nicht zuletzt die zahlreichen regionalen und internationalen Akteure, welche in diesen Konflikt verwickelt sind – auch Europa, welches vor allem migrationspolitische, wirtschaftliche und geopolitische Interessen an Libyen hat.

## Frankreichs politische Position im Libyen-Konflikt

Seit 2016 steht Frankreich offiziell hinter der Regierung der Nationalen Einheit. Es ist allerdings ein offenes Geheimnis, dass die französische Regierung inoffiziell General Haftar unterstützt – sehr zur Irritation vieler Staaten. Haftar pflegt zur französischen Regierung engen Kontakt und wurde bereits mehrmals in Frankreich empfangen, zuletzt im Juli 2019. Im Juli 2017 hatte Frankreich zum Beispiel sowohl Fayiz al-Sarradsch als auch General Khalifa Haftar zu einem gemeinsamen Treffen in Paris eingeladen.<sup>3</sup> Vieles Weitere deutete darauf hin, dass sich Frankreich auch politisch an die Seite Haftars stellt. Nach der gescheiterten Militäroffensive Haftars gegen Tripolis im April 2019 wurde Frankreich von libyschen Regierungskreisen und Beobachtern vorgeworfen, Resolutionen im UN-Sicherheitsrat und der EU zu blockieren, in welchen diese Offensive verurteilt wird.<sup>4</sup> Eine solche Resolution wurde der EU wenige Tage nach der Offensive

Haftars auf einem Krisengipfel bezüglich des Brexit in Brüssel präsentiert. In jener Resolution hieß es, Haftars Offensive sei „eine Gefährdung der Zivilbevölkerung, Störung des politischen Prozesses und ein Risiko der weiteren Eskalation mit schwerwiegenden Folgen für die gesamte Region, einschließlich terroristischer Bedrohungen“ gewesen. Weiter forderte die Resolution, „die Feindseligkeiten müssen aufhören, die LNA [Libysch-Nationale Armee] muss sich zurückziehen und die von den Vereinten Nationen geforderten humanitären Waffenstillstände beachtet werden.“<sup>5</sup> Die Resolution wurde von Frankreich abgelehnt, angeblich weil es zusätzliche Elemente zu der Resolution hinzufügen wollte, um diese Aussage auszugleichen.<sup>6</sup>

### **Einflussnahme durch französische Waffen in Libyen**

Nicht nur politisch, auch durch zahlreiche Waffenlieferungen nach Libyen und an Länder, welche am fortwährenden Konflikt in Libyen beteiligt sind, nimmt Frankreich noch immer Einfluss auf den Konfliktverlauf. Dies geschieht, obwohl es nach geltenden EU-Rüstungsexportrichtlinien unter anderem verboten ist, Waffen in Länder zu exportieren, in welchen Bürgerkrieg herrscht oder in Regionen, in welchen die Stabilität gefährdet ist.<sup>7</sup>

Die französische Regierung lieferte im Jahr 2018 im Wert von 295 Millionen Euro Feuerkontrollsysteme und Technologien für z.B. die Entwicklung von Waffen an Libyen<sup>8</sup>, was zwar kein direkter Verstoß gegen das verhängte Waffenembargo war, trotzdem aber dazu beigetragen hat, dass die Konflikte in Libyen fortgeführt werden können. Neben den direkten Lieferungen französischer Waffen bzw. Feuerkontrollsysteme nach Libyen, gelangen jene aber auch immer wieder indirekt in das Land, da jene Länder, welche von Frankreich mit Waffen beliefert werden, diese wiederum nach Libyen liefern. Dabei unterstützen die Länder, an welche Frankreich – und im Übrigen auch andere europäische Länder – Waffen liefern, unterschiedliche Konfliktparteien.

Frankreich ist drittgrößter Waffenexporteur der Welt und – so veröffentlichte das Stockholmer SIPRI im März 2020 in einem Bericht – französische Waffenexporte an den Mittleren Osten waren im Zeitraum 2015-2019 um 363 Prozentpunkte höher als im Zeitraum von 2010-2014. Dabei ist Ägypten das Land, an welches von 2015 bis 2019 der mit Abstand größte Teil französischer Waffen exportiert wurde (26%), womit Frankreich im selben Zeitraum gleichzeitig auch der Hauptlieferant für Waffen in Ägypten war.<sup>9</sup> Im Zuge der Recherche „#FrenchArms“ des niederländischen Investigativprojekts „Lighthouse Reports“, zusammen mit „Disclose“, „ARTE“, „Mediapart“ und „Radio France“

wurde bekannt, dass im Jahr 2015 von Frankreich und Ägypten Verträge über Rüstungslieferungen im Wert von sechs Milliarden Euro unterzeichnet wurden. Offiziell heißt es seitens der französischen Regierung, Ägypten sei ein Land, welches für „Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten [...] von entscheidender Bedeutung“<sup>10</sup> ist. Die französischen Waffen sollen scheinbar ausschließlich zur Sicherung der libysch-ägyptischen Grenze und im Kampf gegen islamistischen Terror verwendet werden. Tatsächlich existieren aber eindeutige Dokumentationen darüber, dass jene französischen Waffen von Ägypten auch zum gezielten Einsatz gegen zivile Ziele in Libyen verwendet wurden.<sup>11</sup> 2015 verkaufte Frankreich 24 Rafale-Kampffjets an Ägypten, von welchen laut jener Recherche „eines dieser Flugzeuge mindestens einen Angriff auf Zivilgebäude in Libyen geflogen hat.“<sup>12</sup>

Neben Ägypten ist Frankreich auch der zweitgrößte Waffenlieferant der Vereinigten Arabischen Emirate, welche 2015 bis 2019 11% ihrer Waffen von Frankreich bezogen. Die VAE sind, wie auch Ägypten, am Krieg in Libyen militärisch beteiligt, beide kämpfen an der Seite Haftars und beliefern diesen mit Waffen und Ausrüstung.<sup>13</sup> Vor allem die VAE fallen immer wieder auf, trotz des in Paragraph 9 der UN-Resolution 1970 verhängten Waffenembargos, General Haftar mit militärischer Ausrüstung zu beliefern. In einem Bericht des Sicherheitsrats vom 9. Dezember 2019 heißt es dazu: „Die Mehrheit der [Waffen-]Transfers an Khalifa Haftar wurde entweder von Jordanien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten getätigt. Die Expertenkommission befindet Jordanien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Haftar wiederholt gegen Paragraphen 9 der Resolution 1970 verstoßen haben.“<sup>14</sup> Weiter werden in dem Bericht mehrere Verstöße der Vereinigten Arabischen Emirate gegen das verhängte Waffenembargo aufgeführt. Frankreich muss also damit rechnen, dass französische Waffen bei den Kämpfen in Libyen eingesetzt werden, auch wenn sie nicht auf direktem Wege in das Land gelangen. Im „Prif Blog“ des Peace Research Institute Frankfurt und des Leibniz-Instituts der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung heißt es dazu auch: „Neben Rüstungsexporten an die VAE bergen auch Rüstungsexporte an Ägypten und Jordanien das Risiko, von den ursprünglichen Empfängerstaaten umgeleitet und nach Libyen verbracht zu werden.“<sup>15</sup> Auch damit verstößt Frankreich gegen die EU-Rüstungsexportrichtlinien, nach welchen unter anderem gewährleistet werden muss, dass gelieferte Waffen nicht an Länder oder Gruppen weitergeleitet werden, welche als problematisch erachtet werden<sup>16</sup> – dies trifft auf General Haftar in jedem Falle zu.

Neben Waffenlieferungen an Länder, welche diesen militärisch und politisch unterstützen, exportiert die

französische Regierung zum Beispiel aber auch Waffen an Katar. Frankreich ist auch hier zweitgrößter Waffenlieferant - 14% der französischen Waffenexporte gingen von 2015 bis 2019 an Katar.<sup>17</sup> Katar wiederum unterstützt die international anerkannte Regierung in Tripolis im Konflikt in Libyen.

Es ist also sehr undurchsichtig, ob, in welchem Maße und von welcher Konfliktpartei in Libyen französische Waffen eingesetzt werden, tatsächlich landen diese sowohl bei der Libysch-Nationalen Armee als auch bei der Armee von Fayiz al-Sarradsch. Die enormen Waffenlieferungen an Ägypten und die VAE, welche wiederum General Haftar stark unterstützen, zeigen aber zumindest, dass Frankreich es augenscheinlich als unproblematisch ansieht, dass Haftar indirekt mit französischen Waffen unterstützt werden könnte.

### Militärische Unterstützung für Haftar

Nicht nur indirekt durch Waffenlieferungen an mit Haftar verbündete Staaten, sondern auch durch direkte militärische Hilfe scheint Frankreich General Haftar zu unterstützen. So wurden im Juni 2019 französische Waffen – wenn auch funktionsuntüchtige - in einem militärischen Stützpunkt der Truppen Haftars gefunden, wofür Frankreich keine wirklich plausible Erklärung abgegeben hatte.<sup>18</sup> Mit einem Helikopter-Absturz im Juli 2016, bei welchem drei französische Soldaten ums Leben kamen, wurden auch die schon länger kursierenden Vorwürfe bestätigt, französische Spezialeinheiten befänden sich auf libyschem Boden.<sup>19</sup> Dabei gehörte dieser Hubschrauber nicht etwa zur Einheitsregierung unter Fayiz al-Sarradsch, sondern zur Libysch-Nationalen Armee, welche dem Kommando von General Haftar untersteht.<sup>20</sup> Des Weiteren wurde



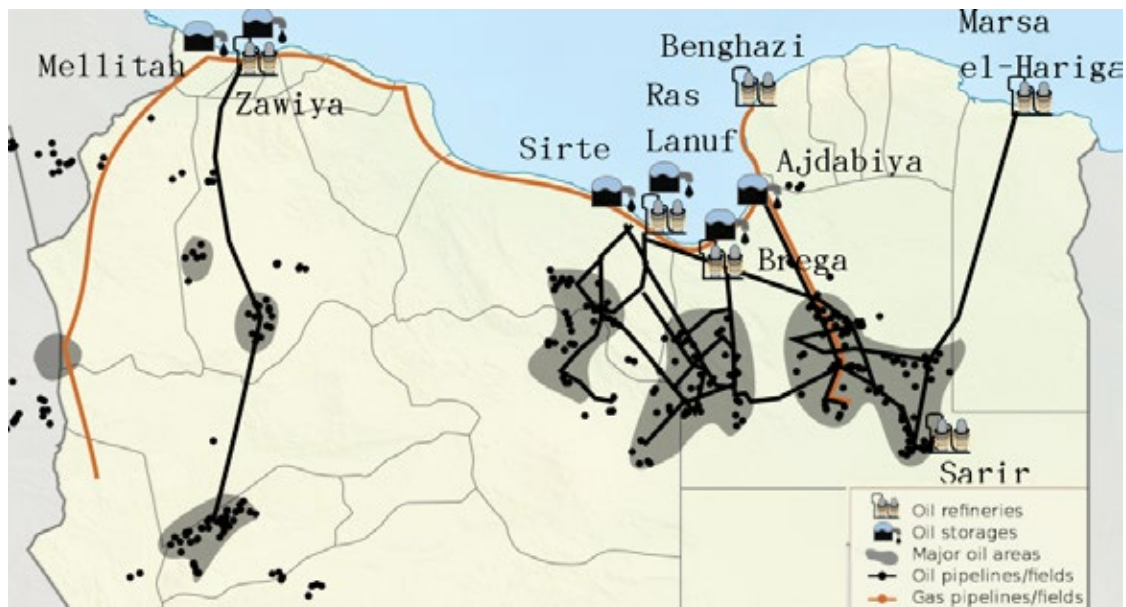
Kriegszerstörung in Tripolis. Quelle: Wikimedia/FunkMonk.

in einem von der UN veröffentlichten Bericht im Mai 2020 bekannt gemacht, dass in Libyen eine „Geheimmission privater Einsatzkräfte im Gange“ sei, an welcher wohl auch Frankreich beteiligt wäre. Das Ziel dieses sogenannten „Projekt Opus“ sei es angeblich, Waffenlieferungen der Türkei an Regierungschef Fayiz al-Sarradsch zu stoppen - und damit automatisch auch General Haftar zu unterstützen.<sup>21</sup> Zudem wurde von libyschen Medien der Verdacht geäußert, französische Kampfjets seien in Westlibyen an der Grenze zu Niger gesehen worden – Frankreich hat dort Kampfjets im Rahmen seiner Terrorbekämpfung stationiert.<sup>22</sup>

### Gründe für Frankreichs Unterstützung für Haftar

Die Gründe für die inoffizielle Zusammenarbeit von General Haftar und Frankreich sind vielfältig und beruhen vor allem auf wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen. Zum einen hält Haftar inzwischen alle relevanten Öl-Export-Häfen und die großen Ölfelder im Osten Libyens besetzt. Somit hat er die Macht, einen großen Teil der Ölexporte des Landes zu kontrollieren und zu regulieren. Frankreich hat großes Interesse an den Ölvorkommen Libyens, der französische Erdölkonzern „Total“ fördert bereits seit über 60 Jahren Erdöl in Libyen.<sup>23</sup> Total ist das viertgrößte Erdölunternehmen der Welt und das größte Unternehmen Frankreichs und liefert sich mit dem italienischen Förderkonzern „Eni“, welcher lange Zeit fast eine Monopolstellung im Erdölgeschäft Libyens hatte, in den letzten Jahren zunehmend einen Kampf um Marktanteile und Zugänge zu libyschem Öl. Etwa 10% des libyschen Öls gingen 2018 an Frankreich<sup>24</sup>, dieses hat also schon jahrelange große Profite mit dem libyschen Öl gemacht. Des Weiteren wird schon länger vermutet, dass mindestens 2/3 des libyschen Öls noch unentdeckt sind.<sup>25</sup> Sicher ist wohl, dass in Libyen die größten Erdölvorkommen Afrikas liegen. Somit war das Land für Frankreich energiepolitisch wie ökonomisch nicht nur die letzten Jahre äußerst wichtig, sondern könnte auch in Zukunft noch enorme Gewinne bringen. Eine gute Beziehung zu General Haftar könnte hier sicherlich förderlich sein.

Zudem sorgt Haftar durchaus für einen gewissen Grad an „Stabilität“ in Teilen Libyens. Er dringt auch im Süden des Landes immer weiter vor, wobei die Südgrenze Libyens für Frankreich von besonders großer Bedeutung ist. Frankreich hat auch in den angrenzenden Staaten Tschad, Niger und Mali große wirtschaftliche, militärische und politische Interessen. Der Geograph Laurent Chalard vom „European Centre for International Affairs“ äußert in einem Artikel im „Figaro“, die französische Regierung sei in Sorge, dass die Instabilität in Libyen auch negativ auf die



Ölfelder in Libyen. Quelle: NordNordWest, Yug, CC BY-SA 3.0

südlichen Anrainerstaaten auswirken könnte. Dies, so führt er weiter aus, könnte zu verstärkten Migrationsbewegungen nach Libyen und von dort nach Europa führen.<sup>26</sup> Ein „starker Mann“, welcher Kontrolle über den Süden und die Südgrenze Libyens hat, kann also von großem Vorteil für Frankreich sein, vor allem auch, um Migrationsbewegungen zu unterbinden. Zudem hat Haftar eine sehr konsequente ideologische Haltung gegenüber Islamisten<sup>27</sup> und erklärt es als sein Ziel, gegen diese vorzugehen. So rechtfertigte er beispielsweise auch seine Militäroffensive gegen Tripolis mit der Bekämpfung von Islamisten.<sup>28</sup> Auch deshalb mag Frankreich General Haftar politisch wie militärisch unterstützen, auch wenn Paris diese Unterstützung stets dementiert.<sup>29</sup> Mit der 2014 begonnenen und stark umstrittenen Opération Barkhane führt Frankreich in der Sahelzone einen Kampf unter dem Banner eines internationalen Anti-Terror-Einsatzes. An diesem sind die südlich von Libyen gelegenen Länder Tschad, Burkina Faso, Mauretanien, Mali und Niger beteiligt. Befürchtungen, Libyen könnte als „Rückzugs-, Rekrutierungs- und Ausbildungsort“ für islamistische Kräfte genutzt werden, könnten ein weiterer Grund sein, weshalb Frankreich so konsequent auf Haftar setze, wird teils spekuliert.<sup>30</sup> Jedenfalls hat dieses französische Engagement zur Folge, dass es zu Konflikten mit den restlichen Staaten der Europäischen Union – vor allem mit Italien – sowie mit internationalen Akteuren führt.

### Konflikt mit Ankara

Die französische Unterstützung von General Khalifa Haftar führt zunehmend zu Spannungen mit dem türkischen Staatspräsidenten Recep Erdoğan. Beide Länder stehen sich in vielen aktuell wichtigen Kon-

flikten gegenüber, was zu einem Zerwürfnis geführt hat. Im Konflikt um Berg-Karabach zeigt Frankreich immer wieder die Nähe zu Armenien und kritisiert die türkische Regierung für ihr Verhalten im Konflikt, diese wiederum unterstützt offen Aserbaidschan mit Waffen<sup>31</sup> und hat zudem die Entsendung von türkischen Soldaten zur militärischen Hilfe zugesichert, sollte dies nötig sein.<sup>32</sup> Auch um die Gasvorkommen um Zypern und im Syrien-Konflikt befinden sich die beiden Regierungschefs im Streit. Zudem spielt aber eben auch die unterschiedliche Position beider Länder im Libyen-Konflikt eine große Rolle im Zerwürfnis zwischen Macron und Erdoğan. Während Frankreich inoffiziell Haftar unterstützt, arbeitet die Türkei zunehmend enger mit der Regierung Fayiz al-Sarradschs zusammen. So hat Ankara in den letzten Monaten „moderne Waffen, Drohnen, Truppen und mindestens 10.000 syrische Söldner ins Land gebracht“. Nur durch diese Unterstützung konnte die militärisch sonst schwache Regierung der Nationalen Übereinkunft im Mai 2020 verhindern, dass die Kräfte Khalifa Haftars die Hauptstadt Tripolis einnahmen, in welcher die Regierung derzeit ihren Sitz hat.<sup>33</sup> Dies hätte die Niederlage der Regierung der Nationalen Übereinkunft bedeutet. Libyen und die Türkei planen zudem, ihre politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter zu vertiefen. Die Türkei hat in Libyen vor allem Interessen an Öl- und Gasvorkommen sowie an der Ausweitung ihres geopolitischen Einflusses und der Stationierung von Militärbasen in Nordafrika.<sup>34</sup> Angeblich gibt es über letzteres schon ein Abkommen zwischen der libyschen Regierung und Ankara, welches den „Bau türkischer Militärstützpunkte, die Ausbildung einer künftigen libyschen Armee und die Unterstützung aller Militäraktionen im derzeitigen Bürgerkrieg“ umfasst.<sup>35</sup>

Diese enorme Ausweitung des türkischen Einflusses auf Libyen stößt bei Frankreich auf scharfe Kritik. Dies wohl sicherlich auch, weil die türkischen Handlungen massiv mit dem Interesse Frankreichs kollidieren, den eigenen geopolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Einfluss in Libyen zu sichern bzw. zu erweitern. Frankreich und die Türkei finden sich also auch in Libyen in einem extremen Interessenkonflikt wieder, welcher das Verhältnis beider Regierungen zunehmend verschlechtert. Die französische Tageszeitung *Le Parisien* schrieb dazu: „Zwischen Frankreich und der Türkei ist es (noch) nicht der Krieg, aber die Krise verschärft sich jeden Tag.“<sup>36</sup> Die militärische, wirtschaftliche und politische Konkurrenz beider Länder heizt zudem auch den Konflikt in Libyen weiter an.

## Fazit

Abschließend kann also gesagt werden, dass Frankreich noch immer großes Interesse an Libyen und dem Verlauf des dortigen Konfliktes hat. Entsprechend dieser Interessen nimmt es Einfluss auf Libyen, wobei alles darauf hindeutet, dass es militärisch und politisch General Haftar unterstützt. Diese Unterstützung führt zu Konflikten innerhalb der Europäischen Union sowie mit anderen internationalen Akteuren und beeinflusst den Libyen-Konflikt weiter zu Gunsten von Eigeninteressen. Möchte man tatsächlich einen politischen Prozess in Libyen vorantreiben, muss diese Einflussnahme beendet werden. Anderenfalls wird es kaum möglich sein, den Selbstanspruch der EU zu erfüllen, diplomatische Erfolge zu erzielen und effektiv zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Dazu müsste auch eine einheitliche Position zum Libyen-Konflikt innerhalb der EU gefunden werden – dazu müssten aber friedenspolitische Erwägungen die Oberhand über interessensgeleitete Motive gewinnen.

## Anmerkungen

- 1 Blaschke, Björn: Endet die politische Blockade in Libyen?, [Tagesschau](#), 17.09.2020
- 2 Waffenstillstand in Libyen beschlossen, [Tagesschau](#), 23.10.2020
- 3 Ehl, David: Europas Schlingerkurs zur Zukunft Libyens, [Deutsche Welle](#), 22.04.2019
- 4 Regierung wirft Frankreich Unterstützung Haftars vor, [Zeit Online](#), 19.04.2019
- 5 Gabriela Baczynska, Francesco Guarascio: France blocks EU call to stop Haftar's offensive in Libya, [Reuters](#), 10.04.2020
- 6 Wintour, Patrick: Europe split over how to respond to Haftar assault on Tripoli, [The Guardian](#), 11.04.2019
- 7 Wagner, Jürgen: EUropas Rüstungsexportoffensive, [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#), Juni 2013
- 8 EU arms report 2018, [Council of the European Union](#), 21.11.2019
- 9 Trends in International Arms Transfers 2019, [Stockholm International Peace Research Institute](#), März 2020
- 10 Ägypten: Kriegsverbrechen mit französischer Ausrüstung, [arte](#), 20.09.2019
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 [SIPRI 2020](#)
- 14 Final report of the Panel of Experts on Libya established pursuant to Security Council resolution 1973 (2011), [United Nations Security Council](#), 09.12.2019, S. 20
- 15 [SIPRI 2020](#)
- 16 [Wagner 2013](#)
- 17 [SIPRI 2020](#)
- 18 Französische Waffen im Lager von Warlord Khalifa Haftar aufgetaucht, [Spiegel](#), 10.07.2019
- 19 Gutsche, Angelika: Ein Hubschrauberabsturz und viele Fragen, [der Freitag](#), 21.07.2016
- 20 Frencharms: Ein Explosives Geschäft, [arte](#), 2015
- 21 UN enttarnen Geheimprojekt in Libyen, [Tagesschau](#), 25.05.2020
- 22 Keilberth, Mirco: Die Wüste bebt, [taz](#), 06.07.2020
- 23 Libya: Agreement Between NOC and Total Endorsing the Group's Entry into the Waha Concessions, [Total](#), 10.12.2019
- 24 Where does Libya export Crude Petroleum to (2018)?, [OEC](#)
- 25 Stahnke, Jochen: Alle wollen Libyens Öl, [Zeit Online](#), 26.02.2008
- 26 Knipp, Kersten: Frankreich und Nahost: Populistische Polemik und politische Interessen, [Deutsche Welle](#), 04.11.2020
- 27 Gehlen, Martin: Der eine hat das Amt, der andere die Macht, [Zeit Online](#), 19.01.2020
- 28 Regierung wirft Frankreich Unterstützung Haftars vor, [Zeit Online](#), 19.04.2019
- 29 Frankreich unterstützt Haftar in Libyen nicht, [Handelsblatt](#), 30.06.2020
- 30 Ladurner, Ulrich: Der Libyenkrieg zeigt die Schwächen der EU, [Zeit Online](#), 23.09.2020
- 31 Noll, Andreas: Türkei und Frankreich: NATO-Partner im Dauerclinch, [Deutsche Welle](#), 29.10.2020
- 32 Türkei sichert Aserbaidzhan Militärhilfe zu, [Zeit Online](#), 22.10.2020
- 33 Avenarius, Thomas: Die Türkei ist auf dem Vormarsch in Libyen, [Süddeutsche Zeitung](#), 06.07.2020
- 34 Avenarius, Thomas, Ramadan, Dunja: Erdoğan's viele Krisenherde, [Süddeutsche Zeitung](#), 27.10.2020
- 35 Avenarius, Thomas: Die Türkei ist auf dem Vormarsch in Libyen, [Süddeutsche Zeitung](#), 06.07.2020
- 36 Regina Krieger, Tanja Kuchenbecker, Ozan Demircan: Europa ringt um Einfluss in Libyen – doch die Erfolgsaussichten sind gering, [Handelsblatt](#), 26.06.2020